

Hegemonie, Krise und die Notwendigkeit einer solidarischen Moderne: Eine progressiv-linke Synthese zur Überwindung der falschen Äquidistanz

1. Einleitung: Die Dialektik der gegenwärtigen Krise und die Konstruktion des politischen Raums

Die politische Geografie der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Phase tiefgreifender tektonischer Verschiebungen. Der vorliegende Forschungsbericht unternimmt den Versuch, die gegenwärtige Diskurslage zu analysieren, die oft von einer scheinbaren Unversöhnlichkeit zwischen einem bürgerlich-konservativen Beharrungswillen – im Folgenden als „Kommentar des Mitte-Rechts-Users“ typisiert – und einer progressiv-linken Transformationsnotwendigkeit geprägt ist. Ziel dieser Untersuchung ist es, nicht lediglich die Divergenzen aufzuzeigen, sondern durch eine materialistische und diskursanalytische Synthese die Widersprüche des konservativen Weltbildes aufzubrechen und eine argumentative Brücke in eine solidarische Zukunft zu schlagen.

Die Ausgangslage ist durch eine multiple Krisenkonstellation gekennzeichnet: Die ökologische Katastrophe, die Erosion der demokratischen Institutionen, die Verschärfung sozialer Ungleichheit und die geopolitische Instabilität bilden ein Amalgam der Verunsicherung. In diesem Kontext artikuliert sich der „Mitte-Rechts-Kommentar“ häufig als Ruf nach Ordnung, nach der Verteidigung des Status quo und der Abwehr von Veränderungen, die als Bedrohung des eigenen Wohlstands wahrgenommen werden. Diese Haltung manifestiert sich in spezifischen narrativen Mustern: der Gleichsetzung politischer Ränder (Hufeisentheorie), dem Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes und einer Skepsis gegenüber staatlicher Intervention, sofern sie nicht der inneren Sicherheit dient.

Demgegenüber steht die progressive Gegenrede, die in dieser Analyse nicht als bloße Antithese, sondern als notwendige Aufhebung der bürgerlichen Widersprüche verstanden wird. Sie argumentiert, dass die Sicherheit, die der Konservatismus verspricht, unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus nicht mehr zu haben ist. Wahre Sicherheit – so die These dieses Berichts – entsteht erst durch die Demokratisierung der Wirtschaft, die Entcommodifizierung (Dekommodifizierung) grundlegender Daseinsvorsorge und eine klare Benennung der asymmetrischen Bedrohungslagen für die Demokratie.

Um diese Synthese zu leisten, stützt sich der Bericht auf eine breite empirische Basis. Diese reicht von den soziopsychologischen Befunden der „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung über kriminalstatistische Auswertungen politischer Gewalt bis hin zu ökonomischen Analysen des Wohnungsmarktes und der medialen Vermittlungsstrukturen. Es wird aufgezeigt, dass die Ängste der „Mitte“ real sind, ihre politische Adressierung durch konservative Parteien jedoch auf einer falschen Analyse beruht, die letztlich den autoritären Kräften in die Hände spielt.

2. Die Dekonstruktion der Äquidistanz: Kritik der Hufeisentheorie und die Asymmetrie der Gefahr

Ein zentraler Pfeiler des bürgerlich-konservativen Weltbildes ist die sogenannte „Hufeisentheorie“. Diese metaphorische Konstruktion dient dazu, die politische Mitte als einzigen Ort der Vernunft zu inszenieren, während die politischen Ränder – „Linksaußen“ und „Rechtsaußen“ – als strukturell identische Bedrohungen dargestellt werden, die sich in ihrer Radikalität annähern.¹ Für eine progressive Argumentation ist die Dekonstruktion dieses Modells unerlässlich, da es die analytische Schärfe vernebelt, die zur Verteidigung der Demokratie notwendig wäre.

2.1. Genealogie und politische Funktion eines Denkmodells

Die Hufeisentheorie, popularisiert durch den französischen Philosophen Jean-Pierre Faye in den 1990er Jahren, postuliert, dass sich Extreme berühren.¹ In der politischen Praxis der Bundesrepublik, insbesondere in der Strategie der CDU, wurde dieses Modell operationalisiert, um eine Äquidistanz zu AfD und der Partei Die Linke zu wahren. Historisch diente dies der Union dazu, Koalitionen links der Mitte zu delegitimieren, indem demokratische Sozialisten moralisch in die Nähe von Neofaschisten gerückt wurden. Die Behauptung, AfD und Linke seien „gleich weit weg“ von der bürgerlichen Mitte, ignoriert jedoch die fundamentalen Unterschiede in der Programmatik und dem Verhältnis zur Verfassung.¹ Während die AfD als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wird und völkisch-nationalistische Positionen vertritt, ist Die Linke eine Partei des demokratischen Spektrums, die sich für die Ausweitung demokratischer Rechte einsetzt.

Die politische Funktion der Hufeisentheorie ist somit eine doppelte: Sie dient der Selbstvergewisserung der „Mitte“ als Hort der Stabilität und gleichzeitig der strategischen Ausgrenzung progressiver Alternativen. Indem Kritik an kapitalistischen Verwertungslogiken (Links) mit menschenfeindlichen Ideologien (Rechts) gleichgesetzt wird, immunisiert sich der herrschende Diskurs gegen notwendige Systemkritik.

2.2. Quantitative und qualitative Divergenzen der Gewalt

Empirisch lässt sich die Symmetrieannahme des Hufeisens nicht halten. Eine detaillierte Analyse der politisch motivierten Kriminalität offenbart massive Diskrepanzen, sowohl in der

Quantität der tödlichen Gewalt als auch in der Qualität der Zielwahl.

Die Dimension der Tötungsdelikte: Vom Rechtsextremismus geht in Deutschland ein signifikant höheres terroristisches Gefahrenpotenzial aus. Die blutige Spur des NSU, der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke sowie die rassistisch motivierten Anschläge von Hanau und Halle sind keine Einzeltaten verwirrter Geister, sondern Ausdruck einer organisierten Ideologie der Vernichtung.² Im Vergleichszeitraum sind dem Linksextremismus kaum direkte Todesopfer zuzurechnen. Während rechte Gewalt die physische Auslöschung des politischen Gegners oder rassistisch markierter Gruppen zum Ziel hat, richtet sich linke Militanz – so sehr sie strafrechtlich relevant und zu verurteilen ist – primär gegen Sachen oder Symbole staatlicher Repression, nicht gegen das Leben an sich.²

Qualitative Unterschiede in der Zielrichtung: Die qualitativen Unterschiede sind noch gravierender. Rechtsextrem motivierte Straftaten umfassen zu einem großen Teil Propagandadelikte und Hasskriminalität, die sich gegen die Würde und Integrität von Menschen richtet. Im Jahr 2023 stiegen die Straftaten gegen Geflüchtete um 75 Prozent.² Dies ist Gewalt, die Ungleichwertigkeit herstellen und zementieren will. Linksextrem motivierte Taten hingegen richten sich häufig gegen Institutionen wie die Polizei oder Immobilienkonzerne.² Der qualitative Unterschied liegt im normativen Kern: Der Rechtsextremismus negiert die Menschenrechte partikularer Gruppen; radikale linke Positionen – selbst in ihren militanten Abwegen – berufen sich (wenn auch oft fehlgeleitet) auf die Universalität von Menschenrechten und Gleichheit.⁴

Diese Differenzierung ist entscheidend für den „Mitte-Rechts-User“. Wer beide Phänomene gleichsetzt, verharmlost den Faschismus. Er suggeriert, dass der Kampf für soziale Gerechtigkeit (selbst wenn er radikal geführt wird) moralisch gleichwertig sei mit dem Kampf für Rassenreinheit. Eine progressive Sicherheitspolitik muss daher Prioritäten setzen: Die größte Gefahr für Leib, Leben und die demokratische Grundordnung kommt von rechts.

2.3. Die Falle der „Extremismustheorie“

Die wissenschaftliche Tragfähigkeit der Extremismustheorie, die dem Hufeisenmodell zugrunde liegt, ist höchst umstritten. Kritiker weisen darauf hin, dass der Begriff „Extremismus“ oft normativ aufgeladen ist und dazu dient, alles, was vom bürgerlichen Konsens abweicht, zu pathologisieren.³ In Sachsen etwa zeigte sich, dass die antidemokratische Haltung bei Rechtsextremisten deutlich stärker und konsistenter ausgeprägt ist als bei Gruppen, die als linksextrem klassifiziert werden.³

Das Beharren auf der Hufeisentheorie führt zu einer fatalen Fehlallokation von Ressourcen im Kampf um die Demokratie. Wenn zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechts unter den Generalverdacht des Linksextremismus gestellt werden (wie es durch die sogenannte „Extremismusklausel“ versucht wurde), wird die Brandmauer gegen den Faschismus geschwächt. Die progressive Antwort auf den „Mitte-Rechts-Kommentar“ lautet daher: Wir

müssen Extremismus nicht als Abweichung von einer gesunden Mitte verstehen, sondern erkennen, dass extrem rechte Einstellungen oft *aus der Mitte selbst* entspringen.

3. Die Radikalisierung der bürgerlichen Mitte: Befunde und Mechanismen

Die Annahme, die bürgerliche Mitte sei per se immun gegen autoritäre Versuchungen, ist eine Illusion, die durch die empirische Sozialforschung der letzten Jahre widerlegt wurde. Die „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zeichnen das Bild einer Gesellschaft, in der die Grenzen zwischen demokratischem Konsens und menschenfeindlichen Einstellungen verschwimmen.

3.1. Die Normalisierung des Ressentiments

Zwar zeigen die Daten der Mitte-Studie 2024/25 einen Rückgang des „geschlossenen rechtsextremen Weltbildes“ auf 3,3 Prozent der Bevölkerung.⁵ Doch dieser statistische Rückgang darf nicht über die qualitative Verschlechterung der Gesamtlage hinwegtäuschen. Ein signifikanter Anteil der Bevölkerung – etwa 20 Prozent – bewegt sich in einem „Graubereich“.⁶ Diese Menschen stimmen rechtsextremen Aussagen zwar nicht vollumfänglich zu, lehnen sie aber auch nicht ab. Diese Ambivalenz ist der Resonanzraum für populistische Mobilisierung.

Besonders alarmierend ist die Verbreitung nationalchauvinistischer und ungleichwertiger Einstellungen. Fast ein Viertel der Befragten (19,8 Prozent) stimmt Aussagen zu, die eine „starke Partei“ fordern, die die „Volksgemeinschaft“ verkörpert.⁵ Über 34 Prozent sind der Ansicht, dass im nationalen Interesse nicht allen Menschen die gleichen Rechte gewährt werden sollten.⁵ Hier zeigt sich, dass antidemokratisches Denken nicht an den Rändern der Gesellschaft isoliert ist, sondern tief in die bürgerliche Mitte hineinreicht.

Für die Diskussion mit dem „Mitte-Rechts-User“ bedeutet dies: Das Problem sind nicht nur „die da oben“ oder „die Ränder“, sondern die schleichende Akzeptanz von Ungleichwertigkeit im eigenen Milieu. Wenn Sorgen um den eigenen Status in Rassismus umschlagen, ist das keine legitime „Sorge“, sondern eine Gefahr für das Zusammenleben.

3.2. Vertrauenskrise und Demokratiskepsis

Korrespondierend mit der Verbreitung autoritärer Einstellungen schwindet das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Mehr als ein Fünftel der Bürger (21,5 Prozent) hat kein Vertrauen in demokratische Institutionen; das Misstrauen in Wahlen hat sich innerhalb von vier Jahren fast verdreifacht.⁵ Dass 30 Prozent der Bevölkerung glauben, die regierenden Parteien würden das Volk belügen, deutet auf eine tiefe Entfremdung hin.⁷

Diese Entfremdung wird oft durch das Gefühl des Kontrollverlusts in einer globalisierten Welt

genährt. Krisenphänomene wie die Inflation, der Krieg in der Ukraine und die Corona-Pandemie wirken als Katalysatoren. Doch anstatt diese Krisen als strukturelle Probleme des globalen Kapitalismus zu begreifen, werden sie im konservativen Diskurs oft kulturell aufgeladen („Wokeness“, „Identitätspolitik“). Die progressive Gegenrede muss hier die materiellen Ursachen der Verunsicherung benennen: Es ist der Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge, der das Gefühl der Unsicherheit produziert, nicht die Gender-Sprache.

3.3. Die Rolle der konservativen Rhetorik: Die bröckelnde Brandmauer

Eine entscheidende Verantwortung für die Diskursverschiebung nach rechts trägt die politische Strategie der konservativen Parteien. Unter dem Vorsitz von Friedrich Merz hat die CDU eine Rhetorik adaptiert, die vormals der äußersten Rechten vorbehalten war. Begriffe wie „Sozialtourismus“ im Kontext von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine oder die Diffamierung von Kindern mit Migrationsgeschichte als „kleine Paschas“ sind gezielte Tabubrüche.⁸

Diese Strategie des „Krawallkonservatismus“¹⁰ zielt darauf ab, Wähler von der AfD zurückzugewinnen, bewirkt jedoch das Gegenteil. Studien zeigen, dass die Übernahme rechter Frames diese normalisiert und legitimiert. Wenn etablierte Politiker von der „Volkserziehungsattitüde“ der Grünen sprechen oder Migranten pauschal verdächtigen, bestätigen sie das Weltbild der AfD-Wähler, ohne deren Lösungskompetenz in Frage zu stellen. Die Konstruktion der Grünen als „Hauptgegner“ bei gleichzeitiger verbaler Annäherung an rechte Narrative¹⁰ schwächt das demokratische Lager insgesamt.

Für den „Mitte-Rechts-User“ ist dies eine kritische Intervention: Wer glaubt, den Rechtspopulismus durch Imitation kleinhalten zu können, irrt. Er öffnet die Schleusen für eine Politik, die am Ende die bürgerlichen Freiheiten selbst bedroht. Eine echte konservative Haltung müsste die Institutionen der Republik gegen völkisches Denken verteidigen, statt dieses salonfähig zu machen.

4. Mediale Hegemonie und die Verzerrung der Wirklichkeit

Die Wahrnehmung politischer Realitäten wird maßgeblich durch mediale Filter geprägt. Ein progressiver Blick auf die Medienlandschaft identifiziert strukturelle Verzerrungen, die den „Mitte-Rechts-Diskurs“ stützen und fortschrittliche Lösungen marginalisieren.

4.1. „False Balance“: Wenn Fakten zur Meinung werden

Ein zentrales Problem des modernen Journalismus ist die „False Balance“ oder falsche Ausgewogenheit. In dem Bemühen, neutral zu erscheinen, stellen Medien oft wissenschaftlichen Konsens und randständige Meinungen als gleichwertig dar. Dies war besonders in der Berichterstattung über den Klimawandel und die Corona-Pandemie evident. Wenn in einer Talkshow 99 Prozent der Klimawissenschaftler durch eine Person vertreten

werden, und die 1 Prozent der Leugner ebenfalls durch eine Person, entsteht beim Publikum der Eindruck einer 50:50-Kontroverse.¹¹

Der Virologe Christian Drosten hat betont, wie diese Praxis politische Entscheidungsprozesse lähmt. Die Politik neigt dazu, Kompromisse in der „Mitte“ zu suchen. Wenn die eine Seite jedoch auf Fakten basiert und die andere auf Desinformation, ist der Kompromiss in der Mitte bereits eine Verzerrung der Wahrheit zugunsten der Lüge.¹² Für den „Mitte-Rechts-User“ hat dies fatale Folgen: Er wird in seiner Skepsis gegenüber wissenschaftlicher Evidenz bestärkt („Die Wissenschaft ist sich ja auch nicht einig“), was notwendige transformative Maßnahmen (Klimaschutz, Infektionsschutz) als ideologische Willkür erscheinen lässt.

4.2. Die mediale Überrepräsentation der Rechten

Analysen der Medienpräsenz zeigen eine bedenkliche Asymmetrie. Im Jahr 2024 erhielt die AfD in den Nachrichtensendungen von ARD und ZDF einen massiven „Medienbonus“.¹³ Ihre Präsenz stieg unverhältnismäßig an, oft getrieben durch provokante Äußerungen, die den Nachrichtenwert-Kriterien (Konflikt, Emotion) entsprechen. Auch in Talkshows ist eine Schieflage zu beobachten: Während Vertreter der Linken bei wirtschaftspolitischen Themen marginalisiert werden (nur 3,9 Prozent der Gäste), dominieren neoliberalen und konservative Stimmen.¹⁴

Diese Überrepräsentation rechter Narrative bei gleichzeitiger Unterrepräsentation linker ökonomischer Alternativen führt zu einer Verengung des Möglichkeitsraums. Der Zuschauer lernt: Die Migration ist das Problem, und die Wirtschaft muss durch Entlastung der Reichen angekurbelt werden. Alternative Deutungen – etwa, dass Ungleichheit das Problem ist und Investitionen die Lösung – finden kaum statt. Die AfD nutzt dies strategisch: Sie delegitimiert die „Systemmedien“, nutzt sie aber gleichzeitig als Bühne für ihre Inszenierung als Opfer und einzige Opposition.¹⁵

4.3. Tabelle: Mediale Verzerrungseffekte

Phänomen	Mechanismus	Auswirkung auf den Diskurs	Quellen
False Balance	Gleichsetzung von wissenschaftlichem Konsens und Außenseitermeinung (z.B. Klima, Corona).	Legitimierung von Wissenschaftsleugnung; Verzögerung notwendiger politischer Maßnahmen.	11

Medienbonus Rechts	Überproportionale Berichterstattung über AfD und rechte Narrative in TV-Nachrichten.	Normalisierung rechtsextremer Akteure; Agenda-Setting zugunsten von Migrationsthemen.	13
Marginalisierung Links	Unterrepräsentation linker Politiker/Experten in Wirtschaftstalkshows.	Ausblendung verteilungspolitischer Alternativen; Dominanz neoliberaler Dogmen.	14

5. Die materielle Basis der Unzufriedenheit: Wohnen, Energie und Klassenpolitik

Um den „Mitte-Rechts-User“ wirklich zu erreichen, muss die progressive Argumentation den kulturellen Überbau durchdringen und die materiellen Probleme adressieren. Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist real, aber der Schuldige ist nicht der Migrant, sondern eine entfesselte Marktlogik, die Grundbedürfnisse zur Ware macht.

5.1. Der Wohnungsmarkt als Ort der Ausbeutung

Nirgendwo wird das Scheitern des Neoliberalismus so greifbar wie auf dem Wohnungsmarkt. Wohnen ist ein Menschenrecht, doch es wird gehandelt wie ein Spekulationsobjekt. Die Partei Die Linke hat mit ihrer „Mietwucher-App“ Daten erhoben, die das Ausmaß der systematischen Übervorteilung dokumentieren. In Städten wie Bochum, Bonn, Köln und Münster könnten Haushalte monatlich bis zu 242 Euro sparen, wenn die gesetzlichen Regelungen gegen Mietwucher konsequent angewendet würden.¹⁷

Hochgerechnet auf alle geprüften Fälle ergibt sich eine Summe von über 300 Millionen Euro pro Jahr, die Mietern unrechtmäßig entzogen wird.¹⁷ Dies ist eine massive Umverteilung von unten nach oben. Viele Mieter scheuen aus Angst vor Konflikten mit dem Vermieter davor zurück, ihre Rechte geltend zu machen. Hier zeigt sich die strukturelle Machtasymmetrie. Die progressive Forderung nach einem bundesweiten Mietendeckel und einer Reform des Wirtschaftsstrafgesetzes (§5 WiStG) zur leichteren Ahndung von Mietwucher¹⁸ ist daher keine ideologische „Gleichmacherei“, sondern die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit auf dem Wohnungsmarkt.

5.2. Energiearmut und die Kosten der Transformation

Auch im Bereich der Energiekosten zeigt sich ein ähnliches Bild. Die „Heizkostencheck“-Kampagne hat aufgedeckt, dass bis zu 20 Prozent der Nebenkostenabrechnungen fehlerhaft sind.²⁰ Mieter zahlen oft zu viel, weil Vermieter CO2-Kosten nicht korrekt aufteilen oder pauschale Kürzungsrechte bei fehlenden Zählern ignorieren.²¹ In München konnten Mieter durch die Unterstützung der Linken hunderte Euro zurückfordern.²²

Diese Beispiele illustrieren, dass die „soziale Kälte“, die viele Bürger spüren, Ergebnis konkreter politischer Entscheidungen und unternehmerischer Praktiken ist. Wenn der „Mitte-Rechts-User“ über hohe Kosten klagt, ist die progressive Antwort: Ja, die Kosten sind zu hoch, aber nicht wegen des Klimaschutzes, sondern weil Konzerne und Vermieter die Kosten der Krise auf die Verbraucher abwälzen. Eine solidarische Politik würde hier eingreifen durch Preisdeckel und die Übernahme von Sanierungskosten durch die Profiteure der Immobilienblase.

5.3. Tabelle: Ökonomische Interventionen und ihre Wirkung

Problemfeld	Konservativer Ansatz ("Markt regelt")	Progressiver Befund & Lösung	Datenbasis
Mietpreise	Neubau durch Private fördern; wenig Regulierung.	Mietwucher ist systemisch; Lösung: Mietendeckel, Ahndung von Wucher, Gemeinnützigkeit.	Mietwucher-App: 242€ Einsparpotential/Monat pro Haushalt. ¹⁷
Heizkosten	Kostenweitergabe an Mieter; CO2-Preis als Lenkung.	Abrechnungen oft fehlerhaft (20%); Vermieter müssen CO2-Kosten tragen; Rückerstattungsrechte durchsetzen.	Heizkostencheck: Hohe Fehlerquote; Rückerstattungen realisiert. ²⁰
Inflation/Krise	Lohnzurückhaltung; Angst vor Lohn-Preis-Spirale.	Gewinnmitnahmen (Greedflation) begrenzen; Löhne	²³

		und Sozialleistungen anpassen.	
--	--	--------------------------------------	--

6. Jenseits der „Schwarzen Null“: Für einen unternehmerischen Staat

Ein weiteres Dogma des „Mitte-Rechts-Kommentars“ ist die Überzeugung, der Staat sei ein schlechter Unternehmer und müsse sich aus der Wirtschaft heraushalten. Sparen gilt als Tugend, Schulden als Sünde. Diese schwäbische Hausfrauenlogik ist volkswirtschaftlich fatal und blockiert die notwendige Modernisierung des Landes.

6.1. Der Mythos vom trägen Staat und die Realität der Innovation

Die Ökonomin Mariana Mazzucato hat mit ihrem Konzept des „Entrepreneurial State“ (Unternehmerischer Staat) nachgewiesen, dass die größten technologischen Innovationen unserer Zeit (Internet, GPS, Touchscreens, Biotechnologie) nicht allein durch privates Risikokapital, sondern durch massive staatliche Vorleistung entstanden sind.²⁴ Der Staat ist nicht nur Lückenbüßer bei Marktversagen, sondern der entscheidende Akteur, der Märkte erst schafft und Risiken übernimmt, die dem privaten Sektor zu hoch sind.

Für Deutschland bedeutet das: Das Festhalten an der Schuldenbremse ist Investitionsverweigerung an der Zukunft. Um die Dekarbonisierung der Industrie und die Digitalisierung der Verwaltung zu stemmen, braucht es eine „Mission Economy“ – eine staatlich gelenkte, missionsorientierte Innovationspolitik, die Ressourcen auf große gesellschaftliche Ziele bündelt (ähnlich der Mondlandung).²⁵

6.2. Digitalisierung und Arbeit 4.0: Gestaltung statt Schicksal

Die Digitalisierung („Industrie 4.0“) wird oft als technokratischer Sachzwang präsentiert, dem sich die Arbeitnehmer anpassen müssen. Progressive Politik sieht darin jedoch einen Verteilungskampf. Die Enquete-Kommissionen des Bundestages haben gezeigt, dass Digitalisierung disruptive Folgen haben kann: Die Entstehung neuer Geschäftsmodelle (Plattformökonomie) droht, klassische Arbeitsverhältnisse zu unterminieren und durch prekäre Solo-Selbstständigkeit zu ersetzen.²⁷

Die Linke fordert daher, dass die Produktivitätsgewinne der KI und Automatisierung nicht privatisiert werden, sondern der Allgemeinheit zugutekommen – etwa durch Arbeitszeitverkürzung. Zudem braucht es strenge Regeln für den Einsatz von KI am Arbeitsplatz: Verbot von Überwachungstechnologien (Keylogger), Transparenz bei Algorithmen und ein Veto-Recht für Betriebsräte bei der Einführung neuer Systeme.²⁹ Technologie soll den Menschen von drögem Stress befreien, nicht ihn digitalem Taylorismus

unterwerfen.

7. Wirtschaftsdemokratie: Die Vollendung der bürgerlichen Revolution

Die Synthese aus bürgerlichem Freiheitsversprechen und linker Gerechtigkeitsforderung kulminiert im Konzept der Wirtschaftsdemokratie. Der „Mitte-Rechts-User“ schätzt die politische Freiheit, akzeptiert aber oft widerspruchslos die Autokratie im Unternehmen. Doch warum sollte die Demokratie am Werkstor enden?

7.1. Mitbestimmung als Standortvorteil und Gerechtigkeitsgebot

Wirtschaftsdemokratie bedeutet, dass wirtschaftliche Macht ebenso kontrolliert und legitimiert werden muss wie politische Macht. Solange Konzerne Entscheidungen über Standortschließungen oder Massenentlassungen allein nach der Logik des Shareholder Value treffen, bleibt die Souveränität des Volkes eine hohle Phrase.

Historische und aktuelle Konzepte der Linken – anknüpfend an Denker wie Fritz Naphtali oder Rosa Luxemburg – fordern eine Ausweitung der Mitbestimmung hin zu einer wirklichen Mitentscheidung.³⁰ Das beinhaltet Vetorechte für Belegschaften bei strategischen Unternehmensentscheidungen und die Förderung von Genossenschaften. Studien belegen: Je demokratischer ein Unternehmen organisiert ist, desto nachhaltiger und sozialer sind seine Entscheidungen.³² Demokratische Unternehmen sind weniger geneigt, kurzfristigen Profiten zuliebe die eigene ökologische Lebensgrundlage zu zerstören oder die Belegschaft auszupressen.

7.2. Transformation von unten

In der Transformation zur Klimaneutralität ist Wirtschaftsdemokratie der Schlüssel zur Akzeptanz. Wenn Beschäftigte in der Automobilindustrie oder im Bergbau nicht Objekte eines Strukturwandels sind, sondern Subjekte, die ihre eigene Zukunft mitgestalten und neue Produktionslinien entwickeln, schwindet die Angst vor dem Wandel. Der „Mitte-Rechts-User“, der sich um den Industriestandort sorgt, sollte erkennen: Nicht die Gewerkschaften gefährden den Standort, sondern ein Management, das Innovationen verschläft und Quartalszahlen über langfristige Substanz stellt.

8. Fazit: Für eine Solidarische Moderne

Die Analyse der Diskrepanz zwischen dem „Mitte-Rechts-Kommentar“ und der progressiven Gegenrede führt zu einer klaren Konklusion: Die gegenwärtige Polarisierung ist nicht das Ergebnis zweier gleichwertiger Extreme, sondern Folge einer Radikalisierung der Mitte und einer ökonomischen Ordnung, die ihre Versprechen nicht mehr hält.

Die Synthese einer progressiv-linken Argumentation lässt sich in folgenden Kernpunkten

Autor: Jan Bludau

Datum: 23.01.2025

10 / 14

zusammenfassen:

1. **Gegen die falsche Symmetrie:** Wir müssen die Hufeisentheorie als ideologisches Instrument verwerfen. Die Gefahr von Rechts ist existenziell und qualitativ einzigartig in ihrer Menschenfeindlichkeit. Antifaschismus ist keine extremistische Haltung, sondern bürgerliche Pflicht.
2. **Materieller Kern statt Kulturkampf:** Die Ängste der Mitte vor Abstieg und Kontrollverlust müssen ernst genommen, aber umgedeutet werden. Der Gegner ist nicht der Geflüchtete oder der Bürgergeld-Empfänger, sondern ein deregulierter Wohnungs- und Arbeitsmarkt, der Unsicherheit produziert.
3. **Staat als Gestalter:** Die Antwort auf die Krisen der Zeit ist kein schlanker Staat, sondern ein handlungsfähiger, unternehmerischer Staat, der investiert, reguliert und die Daseinsvorsorge dem Markt entzieht.
4. **Wahrheit statt Balance:** Wir brauchen einen medialen Diskurs, der wissenschaftliche Fakten nicht der Inszenierung von Meinungskämpfen opfert.
5. **Demokratisierung als Ziel:** Die Antwort auf das Gefühl der Ohnmacht ist mehr Demokratie – nicht weniger. Dies muss die Sphäre der Wirtschaft einschließen.

Eine „Solidarische Moderne“ bietet dem „Mitte-Rechts-User“ ein Angebot: Sicherheit und Wohlstand sind im 21. Jahrhundert nur noch kollektiv und nachhaltig zu sichern. Die Verteidigung des Bestehenden führt in den Ruin; nur die mutige Gestaltung des Neuen – sozial gerecht und ökologisch vernünftig – kann das bewahren, was an der bürgerlichen Gesellschaft erhaltenswert ist: die Freiheit und Würde des Einzelnen.

Referenzen

1. Warum die Hufeisentheorie der Demokratie schadet - Campact, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.campact.de/blog/2025/07/hufeisentheorie-warum-das-hufeisenmodell-der-demokratie-schadet/>
2. Symbole und Erkennungszeichen der linksextremen Szene | Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/symbole-und-erkennungszeichen-der-linksextremen-szene>
3. Eine kritische Bestands- aufnahme - Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.slpb.de/fileadmin/media/Publikationen/Ebooks/Extremismus-in-Sachsen.pdf>
4. Was unterscheidet Rechts- und Linksextremismus voneinander? - Extremismus - Konrad-Adenauer-Stiftung, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.kas.de/en/web/extremismus/rechtsextremismus/was-unterscheidet-rechts-und-linksextremismus-voneinander>
5. Mitte-Studie: Sorge über Zunahme von Rechtsextremismus - Aktuell Uni Bielefeld, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://aktuell.uni-bielefeld.de/2025/11/06/mitte-studie-sorge-ueber-zunahme-vo>

n-rechtsextremismus/

6. Mitte-Studie 2025 Weniger Rechtsextreme, mehr Zweifel an der Demokratie, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.deutschlandfunk.de/mitte-studie-2025-rechtsextremismus-demokratie-100.html>
7. Neue FES-Mitte-Studie beleuchtet rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen und Hintergründe - Netzwerk für Demokratie und Courage, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.netzwerk-courage.de/neue-fes-mitte-studie-beleuchtet-rechtsextreme-und-demokratiegefaehrde-einstellungen-und-hintergruende/>
8. Plenarprotokoll 20/88 - Deutscher Bundestag, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20088.pdf>
9. Zwischen Christdemokratie und Rechtspopulismus | Blätter für deutsche und internationale Politik, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.blaetter.de/ausgabe/2025/mai/zwischen-christdemokratie-und-rechtspopulismus>
10. Brücken bauen zwischen Schwarz und Grün – mit klarer Abgrenzung nach rechts, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://heimatkunde.boell.de/de/2023/09/21/bruecken-bauen-zwischen-schwarz-und-gruen-mit-klarer-abgrenzung-nach-rechts>
11. False Balance einfach erklärt (explainity® Erklärvideo) - YouTube, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.youtube.com/watch?v=xebc5VkW3vs>
12. Problem "False Balance" - Journalisten sollen einordnen - Deutschlandfunk, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.deutschlandfunk.de/problem-false-balance-journalisten-sollen-einordnen-100.html>
13. AfD bekommt „Medienbonus“ bei ARD und ZDF - Pro-Medienmagazin.de, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.pro-medienmagazin.de/afd-bekommt-medienbonus-bei-ard-und-zdf/>
14. Die Gästelandschaft in Politalkshowformaten bei ARD und ZDF 2023 - INSM, Zugriff am Januar 24, 2026,
https://files.insm.de/uploads/2024/01/2024-01-23_INSM_Analyse_der_Ga_stelandshaft_in_Politalkshowformaten_von_ARD_und_ZDF.pdf
15. Die Kommunikationsstrategie und Rhetorik der AfD - Deutschlandfunk, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.deutschlandfunk.de/kommunikationsstrategien-rhetorik-afd-neue-rechte-100.html>
16. "False Balance" und Wissenschaftsjournalismus - Journalisten brauchen Fachkompetenz - Deutschlandfunk Kultur, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.deutschlandfunkkultur.de/false-balance-und-wissenschaftsjournalismus-journalisten-100.html>
17. Mietwucher.app: Jetzt auch in Bochum, Bonn, Köln und Münster, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.dielinkebt.de/presse/pressemitteilungen/detail/mietwucherapp-jetzt->

auch-in-bochum-bonn-koeln-und-muenster/

18. mietwucher.app: Die Linke Landesverband Rheinland-Pfalz, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.dielinke-rhp.de/mitmachen/mietwucherapp/>
19. Massenhafte Abzocke – App der Linksfraktion deckt Wuchermieten auf – Fraktion Die Linke im Bundestag, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.dielinkebt.de/themen/nachrichten/detail/app-der-linksfraktion-deckt-hunderttausende-faelle-von-mietwucher-auf/>
20. Die Linke startet Heizkosten-Aktion, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/news/die-linke-startet-heizkosten-aktion/>
21. Heizkostencheck: Die Linke, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.die-linke.de/mitmachen/kampagnen/heizkostencheck/>
22. Linke entlarvt jede vierte Rechnung in ihrem »Heizkostencheck« als fehlerhaft – Spiegel, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.spiegel.de/panorama/linke-entlarvt-jede-vierte-rechnung-in-ihrem-heizkostencheck-als-fehlerhaft-a-7044e41c-fcda-4436-888e-15ced9864535>
23. Mit öffentlichen Investitionen Aufschwung stabilisieren – Die Linke, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.die-linke.de/themen/soziale-sicherheit/news/mit-oeffentlichen-investitionen-aufschwung-stabilisieren/>
24. Full article: Can a rapid mobility transition appear both desirable and achievable? Reflections on the role of competing narratives for socio-technical change and suggestions for a research agenda – Taylor & Francis, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13511610.2022.2057935>
25. Free enterprise and state control: Annual bulletin of the advisory board of the Foundation for Family Businesses – EconStor, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/273173/1/1817688022.pdf>
26. Freies Unternehmertum und staatliche Lenkung: Jahresheft des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Familienunternehmen – EconStor, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/253384/1/1800084390.pdf>
27. Wirtschaft, Arbeit, Green IT – Deutscher Bundestag, Zugriff am Januar 24, 2026, https://webarchiv.bundestag.de/archive/2013/0611/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20121126/18_Sitzung_2012-11-26_A-Drs_17_24_057_PGWAG_Zwischenbericht.pdf
28. Kurzfassung des Abschlussberichts der Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz – Deutscher Bundestag, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.bundestag.de/resource/blob/801584/Kurzfassung-des-Gesamtberichts.pdf>
29. Wahlprogramm Linke Europawahl 2024 – Zusammenfassung – Europawahlprogramm Die Linke, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.europawahl-bw.de/europawahlprogramm-die-linke>
30. "Die Linke" – Konrad-Adenauer-Stiftung, Zugriff am Januar 24, 2026, https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=e6772653-b8a2-4a7f-863d-d74c7a581a55&groupId=252038

31. Programm der Partei Die Linke, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.die-linke.de/partei/programm/>
32. Wahlprogramm DIE LINKE zur Bundestagswahl 2025 -
bundestagswahl-bw.de, Zugriff am Januar 24, 2026,
<https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-die-linke>
33. Unser Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 - Die Linke, Zugriff am Januar 24, 2026, <https://www.die-linke.de/bundestagswahl-2025/wahlprogramm/>